

# 23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

2./3. Oktober 2004, Kiel, Ostseehalle

G r ü n e

## Beschluss

### Keine Castortransporte von Rossendorf nach Ahaus

Seit der Wahl der rot-grünen Bundesregierung 1998 hat es keine Castor-Transporte mehr nach Ahaus gegeben. Dies ist ein positives Ergebnis der im Atomkonsens vereinbarten Politik der dezentralen Zwischenlagerung des Atommülls an den Kraftwerken, die ihn produziert haben. Für dieses Jahr sind jedoch Atommülltransporte aus dem 1991 stillgelegten und im Abriss befindlichen Atomforschungsreaktor im sächsischen Rossendorf nach Ahaus zu befürchten. Dass diese Möglichkeit besteht, ist das Resultat einer von Atomwirtschaft und SPD durchgesetzten Ausnahmeregelung für Forschungsreaktoren im Atomkonsens, die diese von der Verpflichtung zur dezentralen Zwischenlagerung ausnimmt. Diese überflüssigen Castortransporte, gegen die sich nicht nur die SPD in NRW eindeutig ausgesprochen hat, müssen gestoppt werden!

Wir fordern die zukünftige sächsische Landesregierung auf, auf die Castortransporte zu verzichten. Jetzt kann nicht nur die unsinnige Gefährdung der Bevölkerung verhindert werden, sondern auch dem Land NRW und den anderen Transitbundesländern viel Geld für die Sicherung der überflüssigen Transporte erspart werden.

Die Betreiber der Anlage in Rossendorf wollen, dass 18 Atommüllbehälter mit den im Reaktor verwendeten hochradioaktiven Brennelementen in das über 600 km entfernte Ahaus über die Straße abtransportiert werden. Sie haben 1995 mit dem Zwischenlager Ahaus darüber einen Vertrag geschlossen.

Laut Umweltministerium in Sachsen würden für Genehmigung, Transport und 40 Jahre Stellplatzmiete in Ahaus nur rund sechs Millionen Euro anfallen, wohingegen sich die Aufwendungen für ein Zwischenlager in Rossendorf auf 80 Millionen Euro addieren würden.



Die anfallenden Sicherungskosten für den Transport müssen NRW und die wahrscheinlichen 'Transit-Bundesländer' Thüringen und Hessen tragen. Allein auf NRW kämen dann 50 Millionen Euro zu. Sachsen will so faktisch Kosten für die Entsorgung des dort produzierten Atommülls durch einen vermeidbaren und deshalb unsinnigen Transport auf andere Bundesländer abwälzen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Betreibergesellschaft der im Rückbau befindlichen Atomanlage in Rossendorf und insbesondere die hier maßgeblich beteiligte sächsische Landesregierung auf, sich freiwillig dem erreichten Konsens zur Vermeidung sinnloser Transporte durch Deutschland anzuschließen und die Genehmigung eines Zwischenlagers für den hochradioaktiven Atommüll in Rossendorf zu beantragen. Die bisherige Weigerung, dies zu tun, ist nicht akzeptabel.

Wir fordern die Verantwortlichen für diese Situation in Politik und Wirtschaft in Sachsen auf, den Konsens der Transportvermeidung nicht durch Unterlassung zu unterlaufen.

In einem genehmigten Zwischenlager, das den gesetzlichen Standards in Deutschland entspricht, kann der hochradioaktive Müll in Rossendorf unter vergleichbaren Bedingungen genauso sicher bzw. unsicher gelagert werden wie in Ahaus. In Rossendorf lagern die im Reaktor verwendeten Brennelemente jetzt in einer Halle, die für eine Zwischenlagerung derartiger Abfälle keine Genehmigung hat.

### **Renaissance der Atomkraftnutzung bekämpfen**

Im Rahmen des Atomkonsenses hat die rot-grüne Bundesregierung mit den AKW-Betreibern einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland festgelegt. Das AKW Stade ist vor einigen Monaten abgeschaltet worden. Aber die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Atomkraftnutzung ist noch lange nicht entschieden.

International gibt es einen Trend zur Renaissance der Atomkraftnutzung. In den USA, in Asien und auch in Ländern der Europäischen Union gibt es Initiativen für den Neubau von Atomkraftwerken. Auch in Deutschland setzen CDU/CSU, FDP und Atomwirtschaft nach wie vor weiter auf die Atomenergie und wollen deren Renaissance. Politisch ist deshalb gerade jetzt die Bildung der breitesten möglichen Bündnisse für die Anti-Atom-Bewegung geboten. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür aktiv einsetzen und weiterhin für einen schnellstmöglichen Atomausstieg arbeiten. Falls es zu Atommülltransporten aus Rossendorf nach Ahaus kommt, werden wir uns in diesem Sinne an möglichen Demonstrationen beteiligen.